



**BÜRGERALLIANZ**

**Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.**

**An alle MedienvertreterInnen,**

Einladung zum Pressegespräch

Sehr geehrte Damen und Herren

der Vorstand der Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V. lädt Sie am Samstag, **den 28. März 2015 um 13:00 Uhr** zum Pressegespräch in den Thüringer Landtag Raum 201 ein.

Die Bürgerallianz Thüringen wählt an diesem Tag (Beginn 10:00 Uhr) ihren neuen Vorstand und benennt die Vertreter des Arbeitskreises Kommunales. Die Sitzung ist öffentlich.

Im Arbeitskreis Kommunales wird die Bürgerallianz Thüringen ihre Forderungen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und der Herstellungsbeiträge für leitungsgebundene Einrichtungen einbringen. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben vor den Landtagswahlen 2014 die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und der Herstellungsbeiträge für leitungsgebundene Einrichtungen zugesagt. Ausgangspunkt waren die Wahlprüfsteine der Bürgerallianz für die damals im Landtag vertretenden Parteien. Wir nehmen nun die benannten Parteien der Regierungskoalition beim Wort, um das Wahlversprechen umzusetzen und erwarten von der SPD ebenfalls die Unterstützung dieser Zielstellung. Bis zur Abschaffung der „Zwangsbeiträge“ fordern wir die Landesregierung und den Thüringer Landtag auf, per Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes die Festsetzungsfrist gemäß der Abgabenordnung auf 4 Jahre zu begrenzen.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 05.03.13 /1 BvR 2457/08) festgelegt, dass Abgaben zum Vorteilausgleich nicht zeitlich unbegrenzt nach der Veranlagung des Vorteils festgesetzt werden dürfen. Bis zur Abschaffung der „Zwangsbeiträge“ per Gesetzesänderung muss zumindest die Rückwirkung auf 4 Jahre eingeschränkt und die Erhebung per Moratorium ausgesetzt werden.

Beim Thema „Kommunalabgaben und Beiträge für leitungsgebundene Einrichtungen in Thüringen“ haben wir nach dem Urteil der Thüringer Verfassungsgerichtshof in Weimar zu dem Volksbegehren „Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“ für die Bürgerinitiativen der Bürgerallianz Thüringen e.V. den Handlungsbedarf geprüft und sind zur festen Überzeugung gekommen, dass die Abschaffung der „Zwangsbeiträge“ per Gesetz zulässig ist.

Die Bürgerallianz Thüringen begeht in diesem Jahr ihr 20-jähriges Jubiläum. Mit der Bildung der Rot/Rot/Grünen Regierungskoalition besteht somit für zigtausende betroffenen Grundstückseigentümer und Mieter die historische Chance zur Abschaffung ungerechter Kommunalabgaben. Seit 1995 war keine Thüringer Landesregierung dazu bereit.

Wir freuen uns auf ihre Teilnahme.

i.A. des Vorstandes

Wolfgang Kleindienst

stellvertretender Landesvorsitzender